



— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Die Durchführungsrichtlinie zur Entsendung von Arbeitern: was nun?

Autor : Sébastien Richard



Am 15. Mai 2014 beschloss die Europäische Union eine Durchführungsrichtlinie zur Präzision der Umsetzung von Richtlinie 96/71 zur Entsendung von Arbeitern. Der Text soll betrügerischen Praktiken vorbeugen, speziell vor dem Hintergrund eines stetig wachsenden Rückgriffs auf dieses Instrument. Der neue Text wird von nationalen Maßnahmen flankiert, etwa in Frankreich und Deutschland. Die Europäische Kommission stellt deshalb am 8. März einen neuen Text in diesem Bereich vor, eine Neufassung der ursprünglichen Richtlinie von 1996.

ursprünglichen Richtlinie von 1996.

Fortsetzung

Übersicht

Wahlen : Irland **Stiftung** : Atlas/EU **Finanzkrise** : OECD - Vertrauen - G20 - Portugal
Migration : Rat - EUROPOL - UNO - Europarat - Deutschland - Österreich/Balkan - Griechenland - Ungarn - Großbritannien - IOM **Kommission** : Europäisches Semester - Monaco - Handel **Parlament** : Prioritäten **Rat der Europäischen Union** : Wettbewerbsfähigkeit - Bildung **Gerichtshof** : Soziales **Spanien** : Koalition? **Italien** : Zukunft/EU **Großbritannien** : Referendum - IWF **Ukraine** : Frankreich/Deutschland - Krim **Europäischer Menschengerichtshof** : Russland **Eurostat** : Inflation **Berichte / Studien** : Schengen **Veröffentlichungen** : Globalisierung **Kultur** : Ausstellung/London - Ausstellung/Brüssel - Ausstellung/Modigliani - Ausstellung/Basel - Ausstellung/Stockholm - Gedenken/Verdun

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Wahlen :

Knappes Ergebnis der irischen Parlamentswahlen



Die Fine Gael des bisherigen Premiers (Taoiseach) Enda Kenny hat bei den Parlamentswahlen in Irland am 26. Februar 25,52% der Stimmen und 47 Sitze im Parlament erhalten. Es folgen die Fianna Fail mit 24,3% der Stimmen und 43 Sitzen, die Sinn Fein mit 13,8% und 22 Sitzen, die Arbeiterpartei mit 6,9% und 6 Sitzen, die "Allianz gegen die Austerität - Menschen vor Profite" (AAA - PBP) mit 3,9% und 5 Sitzen, die Sozialdemokraten mit 3% und 3 Sitzen sowie die Grüne Partei mit 2,72% und 2 Sitzen. Schließlich erhielt die Unabhängige Allianz 4,2% der Stimmen und 4 Sitze sowie die unabhängigen Kandidaten 13% und 16 Sitze. Die Formierung einer Regierung dürfte langwierig werden. Könnten Fine Gael und Fianna Fail, die sich seit 1930 an der Regierung abwechseln, womöglich eine Koalition schmieden?..

Fortsetzung

Stiftung :

Atlas der Europäischen Union (3. Ausgabe)



Die dritte Ausgabe des Atlas der Europäischen Union ist ein Standardwerk, das die Union, ihre Institutionen, all ihre 28 Mitgliedstaaten und - als Neuheit - deren Überseegebiete darstellt... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

OECD: "Ziel Wachstum"-Bericht 2016



Die OECD veröffentlichte am 26. Februar ihren Bericht "Ziel Wachstum", der eine weitere Verlangsamung der Reformen im vergangenen Jahr konstatiert... [Fortsetzung](#)

Das Vertrauen in der Wirtschaft nimmt im Februar weiter ab



Laut den am 26. Februar veröffentlichten Zahlen der Europäischen Kommission ist das Vertrauen in der Wirtschaft der Eurozone und der EU im Februar weiter zurückgegangen... [Fortsetzung](#)

Schlussfolgerungen des G20-Finanzgipfels in Shanghai



Der G20-Finanzgipfel fand am 26. und 27. Februar in Shanghai statt. Die Minister sind dabei auf die Stützung des globalen Wachstum eingegangen, obwohl die Idee eines globalen Wachstumsplans (wie in 2009) nicht weiter verfolgt wurde. Des Weiteren haben sie den "Schock eines möglichen Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union" betont, bevor sie ihre Meinungen zur Steuerflucht ausgetauscht haben... [Fortsetzung](#)

Portugal beschließt einen Haushalt mit hohen Risiken



Unter den skeptischen Blicken Brüssels und der Finanzmärkte haben die portugiesischen Abgeordneten am 23. Februar in erster Lesung einen Haushaltsentwurf verabschiedet, der den Sparkurs lockern und dennoch das Defizit verringern soll... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Migration :

Einigung zur Verstärkung der Kontrollen an den Außengrenzen



Die 28 EU-Innenminister haben am 25. Februar ein von Streitigkeiten geprägtes Treffen abgehalten, weil sich die Situation in Griechenland von Tag zu Tag verschlechtert und mittlerweile eine humanitäre Krise befürchten lässt. Sie haben sich auf die Durchsetzung systematischer und verpflichtender Grenzkontrollen an den Außengrenzen des Schengenraums geeinigt... [Fortsetzung](#)

Europäisches Zentrum für Schlepperei



Dimitris Avramopoulos, der EU-Kommissar für Migration, hat am 22. Februar in Den Haag das Europäische Zentrum für Schlepperei (EMSC) eingeweiht, das die Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Schleudernetzwerken behilflich sein soll... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Appell von Ban Ki-moon an die europäischen Staaten



Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon hat alle Staaten Europas dazu aufgerufen "ihre Grenzen offen zu halten und die Kriterien zur Asylvergabe an jene, die sich darum bewerben, zu lockern"... [Fortsetzung](#)

Flüchtlinge: der Europarat geißelt Grenzschließungen



Nils Muiznieks, Menschenrechtskommissar des Europarats, warnte am 26. Februar, dass die europäischen Staaten im Begriff seien, "sich durch die Schließung ihrer Grenzen für Asylbewerber in einen immer dramatischeren Teufelskreis" zu begeben... [Fortsetzung](#)

Der Bundestag stimmt für eine Verschärfung des Asylrechts



Die deutschen Abgeordneten haben am 25. Februar mit 429 gegen 147 Stimmen bei 4 Enthaltungen neuerliche Maßnahmen zur Verschärfung des Asylrechts, insbesondere im Bereich des Familiennachzugs, beschlossen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Flüchtlinge: Österreich und der Balkan erhöhen den Druck auf die EU



Österreich und die Länder des Balkans betonten am 24. Februar, dass der "Flüchtlingsstrom durch die Balkanstaaten massiv reduziert" werden müsse, auch wenn die Europäische Kommission große Vorbehalte gegenüber der dazu gewählten Methode hegt... [Fortsetzung](#)

Griechenland will sich an künftigen europäischen Abkommen nicht beteiligen, bis die Last in der Flüchtlingskrise gerecht verteilt ist



Der griechische Premierminister Alexis Tsipras hat am 24. Februar erklärt, dass sich sein Land "nicht mehr am Abschluss künftiger Übereinkünfte (mit Europa) beteiligen werde, solange die Lasten und Verantwortlichkeiten nicht gerecht verteilt" seien. Er spielte damit auf die derzeitige Flüchtlingskrise an... [Fortsetzung](#)

Volksabstimmung zur EU-Flüchtlingsquote in Ungarn



Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban gab am 24. Februar die Organisation eines Volksentscheids bekannt, im Rahmen dessen die ungarischen Bürger ihre Meinung zur EU-weiten Verteilungsquote von Flüchtlingen kundtun sollen... [Fortsetzung](#)

Britische Statistik zur Migration



Das Britische Statistikbüro (ONS) hat am 25. Februar einen dreimonatlich erscheinenden Bericht zur Migration veröffentlicht, der zum 20. September 2015 617.000 Zuwanderer und 294.000 Abwanderer feststellte... [Fortsetzung](#)

Mehr als 110.000 Flüchtlinge haben in 2016 bislang das Mittelmeer überquert



102.547 Flüchtlinge sind seit Januar in Griechenland und 7.507 in Italien angekommen. Dies gab die Internationale Organisation für Migration (IOM) am 23. Februar bekannt... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Die Kommission veröffentlicht ihre Länderberichte



Die Europäische Kommission hat am 26. Februar ihre Länderberichte veröffentlicht, die im Rahmen des Europäischen Semesters wirtschaftliche und soziale Herausforderungen in den Ländern der Union beleuchten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Steuerabkommen EU-Monaco



Die Europäische Kommission und das Fürstentum Monaco haben am 22. Februar ein neues Steuerabkommen unterzeichnet, das einen deutlichen Fortschritt im Kampf gegen die Steuerflucht darstellen soll... [Fortsetzung](#)

Die EU und die USA machen Verhandlungsfortschritte



Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten haben am 26. Februar die 12. Verhandlungsrunde zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft abgeschlossen... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Das Europäische Parlament beschließt seine Prioritäten für 2016



Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben am 25. Februar ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Prioritäten für 2016 beschlossen. Diese beziehen sich insbesondere auf Investitionen, Strukturreformen, soziale Gerechtigkeit, den Binnenmarkt und kleine und mittelständische Unternehmen... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Schlussfolgerungen des Rates für Wettbewerbsfähigkeit



Die 28 für Wettbewerbsfähigkeit zuständigen EU-Minister haben am 29. Februar Schlussfolgerungen beschlossen, die sich mit kleinen und mittelständischen Betrieben, mit Start-Ups und innovativen Unternehmen beschäftigen. Des Weiteren haben sie zu einer umfassenden Stützung des Stahlsektors durch, unter anderem, beschleunigte Anti-Dumping-Maßnahmen, aufgerufen. Außerdem hat sich der Rat für nationale Wettbewerbsfähigkeits-"Check Ups" ausgesprochen... [Fortsetzung](#)

Schlussfolgerungen des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport



Die im Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport zusammengetretenen Minister haben am 24. Februar eine Erklärung zum sozioökonomischen Fortschritt und zur europäischen Integration abgegeben... [Fortsetzung](#)

Gerichtshof :

Der Europäische Gerichtshof gibt Einschränkungen bei Sozialleistungen statt



Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 25. März zugunsten der Mitgliedstaaten geurteilt, dass sie den Bürgern anderer Mitgliedstaaten während der ersten drei Monate deren Aufenthalts Sozialleistungen enthalten dürfen... [Fortsetzung](#)

Spanien :

Ciudadanos werden eine Koalition mit der PSOE eingehen



Die spanischen Sozialisten (PSOE) gaben am 24. Februar den Abschluss eines Koalitionsvertrags mit Ciudadanos bekannt. Die beiden Parteien verfügen jedoch nicht über die Mehrheit der Sitze im Parlament... [Fortsetzung](#)

Italien :

Veröffentlichung eines italienischen Strategiepapiers zur Zukunft Europas



Die italienische Regierung veröffentlichte am 22. Februar ein Strategiepapier zur Zukunft der EU, das Vorschläge bereithält, wie insbesondere Wachstum anzukurbeln, Arbeit zu schaffen und Stabilität zu gewährleisten seien... [Fortsetzung](#)

Großbritannien :

David Cameron vor dem britischen Parlament zu Europa



Ein Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union stelle eine Gefahr für Sicherheit und Wachstum des Landes dar. Dies betonte Premier David Cameron am 22. Februar vor den Abgeordneten des britischen Parlaments... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

IMF konstatiert die mit einem Brexit verbundenen "Risiken"



Der Internationale Währungsfonds (IWF) konstatiert am 24. Februar, dass die mit einem Brexit verbundenen "Unsicherheiten" ein Risiko für Investitionen im Land darstellten... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Ukraine-Besuch von Jean-Marc Ayrault und Frank-Walter Steinmeier



Die französischen und deutschen Außenminister, Jean-Marc Ayrault und Frank-Walter Steinmeier, haben sich am 22. Februar in Berlin getroffen und sind am darauffolgenden Tag nach Kiew gereist, um die Umsetzung des Vertrags von Minsk zu erörtern... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Erklärung von Kiew aus Anlass des zweiten Jahrestags der Krim-Annexion



Der Außenminister der Ukraine gab am 22. Februar aus Anlass des zweiten Jahrestags der Besetzung der Krim durch russische Streitkräfte eine Erklärung ab. Darin verurteilte er diesen Akt russischer Aggression... [Fortsetzung](#)

Europäischer Menschengerichtshof :

Die Verurteilung von Alexei Navalny war willkürlich



Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat am 23. Februar die Verurteilung des russischen Oppositionellen Alexei Navalny zu fünf Jahren Straflager für willkürlich erklärt... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Erneut Deflation im Februar



Laut einer Verlautbarung von Eurostat vom 29. Februar lag die jährliche Teuerungsrate im Euroraum im Februar bei -0,2%, im Vergleich zu +0,3% im Januar... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Ein Ende Schengens würde Europa in zehn Jahren 1.400 Mrd. Euro kosten



Eine vom Wirtschaftsforschungsinstitut Prognos durchgeführte Studie für die Bertelsmann-Stiftung kam am 22. Februar zu dem Ergebnis, dass eine Beseitigung des Schengenraums die Europäische Union bis zu 1.400 Mrd. Euro in zehn Jahren kosten würde... [Fortsetzung](#)

Veröffentlichungen :

Europa und der Prüfstein Globalisierung



Unter der Leitung von Philippe Gréciano vereint "Europa und der Prüfstein Globalisierung" (Editions Mare & Martin) zahlreiche Experten, die den Platz Europas in einer von der Globalisierung geprägten Welt beleuchten... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Ausstellung zu Charlotte Brontë in London



Die National Portrait Gallery in London zeigt bis zum 14. August die Ausstellung "Celebrating Charlotte Brontë : 1816 - 1855" und feiert damit den 200. Geburtstag einer der meistgefeierten Schriftstellerinnen des 19. Jahrhunderts... [Fortsetzung](#)

Ausstellung zu Theo Van Doesburg und Rembrandt in Brüssel

Der Palais der schönen Künste in Brüssel wird bis zum 29. Mai zwei



Ausstellungen zeigen. Eine davon zeigt Werke des Avantgardisten Theo Van Doesburg, die andere schwarz-weiße Gemälde von Rembrandt...
[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ausstellung zu Modigliani in Villeneuve-d'Ascq



Das Museum für Moderne Kunst (LaM) in Villeneuve-d'Ascq wird bis zum 5. Juni eine Retrospektive des Werks von Amedeo Modigliani zeigen...
[Fortsetzung](#)

Ausstellung Jean Dubuffet in Basel



Die Stiftung Beyeler in Basel zeigt bis zum 8. Mai eine erste große Retrospektive des Werks von Jean Dubuffet. Sie trägt den Titel "Metamorphosen der Landschaft"... [Fortsetzung](#)

Paul Klee und Ivan Agueli im Museum für Moderne Kunst Stockholm



Das Museum für Moderne Kunst Stockholm, das Moderna Museet, beherbergt bis zum 24. April eine Ausstellung zu Paul Klee und Ivan Agueli. Obwohl sich die beiden Künstler niemals persönlich begegneten, zeigt die Ausstellung ihre ähnlichen Herangehensweisen an die visuelle Kunst auf... [Fortsetzung](#)

Wiedereröffnung der Gedenkstätte von Verdun



Die Gedenkstätte von Verdun hat am 22. Februar ihre Pforten wieder geöffnet, hundert Jahre nach dem Beginn des unmenschlichsten aller Gefechte des Ersten Weltkriegs... [Fortsetzung](#)

Agenda :



29. Februar
Brüssel
Rat für "Wettbewerbsfähigkeit"



3. März
Amiens
Französisch-britischer Gipfel



4. März
Brüssel
Rat für Umwelt



5. März
Slowakei
Parlamentswahlen



7. März
Brüssel
EU-Türkei-Gipfel
Brüssel

Treffen der Eurogruppe
Brüssel
Rat für "Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucher"



7. bis 10. März
Straßburg
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly, Helen Levy ;
Rodolphe Baron, Angéline Garde, Emma Giraud,
Joséphine Staron, Lena Therry, Hyung Jun Yoon, Laura Zani

Chefredakteur : Charles de Marcilly
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}